

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses über die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT-Untersuchungsausschuss) (3/US XXVI.GP)

Veröffentlichung des wörtlichen Protokolls über die öffentliche Befragung der Auskunftsperson Mag. Johanna Mikl-Leitner in der 44. Sitzung vom 5. Juni 2019

Der Untersuchungsausschuss über die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT-Untersuchungsausschuss) hat in seiner 45. Sitzung am 2. Juli 2019 mit Stimmenmehrheit (dafür: V, F, dagegen: S, N, J) gemäß § 20 Abs. 1 Ziffer 1 der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA) beschlossen, das in der Beilage enthaltene wörtliche Protokoll der öffentlichen Befragung der Auskunftsperson Mag. Johanna Mikl-Leitner zu veröffentlichen. Einwendungen oder Berichtigungen gemäß § 19 Abs. 3 VO-UA sind nicht eingelangt. Die Veröffentlichung erfolgt in sinngemäßer Anwendung von § 39 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates als Kommuniqué im Internetangebot des Parlaments.

Wien, 2019 07 02

Werner Herbert

Schriftführer

Doris Bures

Vorsitzende



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

BVT-Untersuchungsausschuss



Stenographisches Protokoll

44. Sitzung/medienöffentlich

Mittwoch, 5. Juni 2019

Gesamtdauer der 44. Sitzung
10.01 Uhr – 15.19 Uhr

Lokal 7

Befragung der Auskunftsperson Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Ich komme jetzt zur **Belehrung** der Auskunftsperson und der Vertrauensperson. Ich habe hier Datenblätter vorliegen. Sind diese korrekt? (*Auskunftsperson und Vertrauensperson bestätigen dies.*) – Danke vielmals.

Frau Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner, Sie werden vor dem Untersuchungsausschuss betreffend die politische Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, dem BVT-Untersuchungsausschuss, als Auskunftsperson zu den Beweisthemen 1 – Datenverwendung –, 2 – Extremismus –, 4 – Kooperationen –, 6 – Organisation – und 7 – Auswirkungen – des Untersuchungsgegenstandes angehört.

Sie haben mit der Ladung eine schriftliche Belehrung über Ihre Rechte und Pflichten als Auskunftsperson erhalten. Ich weise Sie ausdrücklich auf diese schriftliche Belehrung hin und betone insbesondere, dass Sie verpflichtet sind, die an Sie gerichteten Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss kann gemäß § 288 Abs. 1 und 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden.

Es besteht vor dem Untersuchungsausschuss kein generelles Recht zur Aussageverweigerung. Die Aussageverweigerungsgründe konnten Sie der mit der Ladung zugestellten schriftlichen Belehrung entnehmen. Die Gründe für eine Aussageverweigerung sind anzugeben und über Verlangen glaubhaft zu machen.

Sie sind berechtigt, Beweisstücke vorzulegen, die Zulässigkeit an Sie gerichteter Fragen zu bestreiten und den Ausschluss der Öffentlichkeit jederzeit zu beantragen.

Dem Untersuchungsausschuss vorgelegte Akten und Unterlagen dürfen nicht veröffentlicht werden. Ich weise Sie auf die Ihnen bereits schriftlich mitgeteilte Geheimhaltungspflicht nach dem Informationsordnungsgesetz hinsichtlich klassifizierter Informationen hin. Jede Person, die Zugang zu klassifizierten Informationen erhalten hat, ist zur Verschwiegenheit über diese Informationen verpflichtet, und zwar auch nach Beendigung der Befragung. Kopien, Notizen, Auszüge dürfen weder von der Auskunftsperson noch von der Vertrauensperson angefertigt werden. Alle im Untersuchungsausschuss vorgelegten Unterlagen dürfen von der Auskunftsperson und auch der Vertrauensperson nach Beendigung der Befragung nicht an sich genommen werden, sondern haben auf dem Platz zu verbleiben.

Sie sind berechtigt, eine einleitende Stellungnahme abzugeben, deren Gesamtdauer 20 Minuten nicht überschreiten soll.

Ich komme aber zunächst noch zur Belehrung der Vertrauensperson. Gemäß § 46 Abs. 2 Verfahrensordnung habe ich auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer vorsätzlich falschen Aussage zu belehren, weil diese Strafdrohung auch andere Personen als die Auskunftsperson, die an der Tat beteiligt sind, betrifft. Auch Fälschung eines Beweismittels oder der Gebrauch eines falschen oder verfälschten Beweismittels mit dem Vorsatz, es im Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss zu gebrauchen, ist strafbar, und zwar auch für an der Tat Beteiligte.

Aufgabe der Vertrauensperson ist eine Beratung der Auskunftsperson. Sie dürfen jedoch keine Erklärungen vor dem Untersuchungsausschuss abgeben oder anstelle der Auskunftsperson antworten. Die Auskunftsperson kann Sie jederzeit um Beratung bitten, Sie dürfen jedoch nicht von sich aus beratend aktiv werden.

Als Vertrauensperson kann ausgeschlossen werden, wer die Auskunftsperson bei Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, wer Erklärungen vor dem Untersuchungsausschuss abgibt oder anstelle der Auskunftsperson antwortet und wer

voraussichtlich als Auskunftsperson im Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss zu laden ist.

Bei Verletzung der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson können Sie sich unmittelbar an mich oder den Verfahrensanwalt wenden.

Auch für Sie gilt das Informationsordnungsgesetz. Jede Person, die Zugang zu klassifizierten Informationen erhalten hat, ist zur Verschwiegenheit über diese Informationen verpflichtet. Ich verweise auch Sie darauf, dass alle im Untersuchungsausschuss vorgelegten Unterlagen nach Beendigung der Befragung nicht mitgenommen werden dürfen, sondern auf dem Platz zu verbleiben haben. – Danke schön.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Vielen Dank, Herr Verfahrensrichter.

Frau Landeshauptfrau, als Auskunftsperson haben Sie das Recht, eine *einleitende Stellungnahme* abzugeben, diese soll 20 Minuten nicht überschreiten. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich mache von dem Recht, eine Stellungnahme abzugeben, nicht Gebrauch. Ich stehe den Damen und Herren Abgeordneten gerne sofort zur Verfügung.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Danke sehr.

Dann ersuche ich den Herrn Verfahrensrichter um die Durchführung der *Erstbefragung*.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Frau Landeshauptfrau, hatten Sie in Ihrer Zeit als Bundesministerin – 2011 bis 2016, soweit ich informiert bin – Kenntnis über Umstände, die wahrscheinlich später in dem sogenannten Konvolut auftauchen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein, ich habe keinerlei Wahrnehmung und keinerlei Kenntnis.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Wissen Sie um diese Umstände, die in diesem Konvolut niedergelegt sind? Haben Sie das Konvolut je bekommen, gesehen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich weiß aufgrund der medialen Berichterstattung und aufgrund der Gerüchte, dass es dieses Konvolut gibt, ich kenne dieses Konvolut aber nicht.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Haben Sie – das ist eine eher atmosphärische Frage – in Ihrer Amtszeit als Ministerin den Eindruck gewonnen, dass im BVT eine Stimmung herrscht, die dann irgendwie in diesem Konvolut ihren Niederschlag fand?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe keinerlei Wahrnehmung, außer dass gewisse Informationen über die Medien gegangen sind, was das Konvolut betrifft – das habe ich das eine oder andere Mal flüchtig gelesen –, und dass dort eine Menge an unhaltbaren Vorwürfen drinnen sein sollen.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Können Sie sich erklären, wie es zu so einer Stimmung gekommen ist, die der Nährboden für dieses Konvolut gewesen sein könnte?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe keinerlei Wahrnehmung.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Dann zu einem etwas konkreteren Thema: Kennen Sie Frau R. P. (BVT)?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, kenne ich.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Welche Beziehung haben Sie zu dieser Dame?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kenne sie flüchtig.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Haben Sie Wahrnehmungen, wie Frau R. P. (BVT) zu ihrem Posten im BVT gekommen ist?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Sie hat sich bei der Personalabteilung beworben.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Haben Sie eine Wahrnehmung zu parteipolitischer Einflussnahme in diesem Zusammenhang?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe keinerlei Wahrnehmung.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Dann frage ich Sie generell: Haben Sie ergänzend dazu Wahrnehmungen zu einem der in der Ladung angeführten Beweisthemen, also einer Datenverwendung, die so nicht hätte passieren sollen, Extremismusproblemen, Kooperationen, Organisation oder Auswirkungen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Gut, dann beende ich jetzt meine Erstbefragung in diesem Zusammenhang. – Danke schön.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Vielen Dank, Herr Verfahrensrichter.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Redezeitvereinbarung ist Ihnen bekannt. Im Sinne der Redeordnung erteile ich Herrn Abgeordnetem Dr. Pilz das Wort. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Bis gestern haben wir uns ja wirklich überlegt, was man Sie überhaupt fragen könnte, weil es in den Akten ja nicht wirklich Hinweise auf irgendeine Rolle von Ihnen als Innenministerin oder in einer anderen Funktion in dieser BVT-Affäre gibt. Zum Glück haben wir aber doch etwas gefunden, über das wir miteinander reden können, und das ist dieser Verein ProPatria.

In den letzten Tagen hat sich – ich schildere das kurz als Frageeinleitung – folgendes Bild ergeben: Es gibt in Niederösterreich, in Kaltenleutgeben, seit 2003 einen Verein, der Heimatverein ProPatria - Für Niederösterreich heißt – entschuldigen Sie, seit 29.1.2004 –, dessen Obmann 2017/2018 Herr B. P. (BVT) war beziehungsweise ist; Obmannstellvertreter: P. B.₁ (BVT), Schriftführerin: A. P., und Kassier: M. H. (BVT).

Das Auffällige dabei ist, erstens: B. P. (BVT) – Referatsleiter Nachrichtendienst im BVT –, P. B.₁ (BVT) – Leiter Cyber Security, 3.4 im BVT – und M. H. (BVT) – stellvertretender Leiter Informationsauswertung, 2.5 BVT. Der Vorgänger von M. H. (BVT) als Kassier war Gernot Blümel.

Inzwischen wissen wir mehr über den Verein. Aufgabe des Vereins war zum Beispiel, in Wahlkämpfen – ich drücke es mit meinen Worten aus – Folgendes: Desinformation im Internet, Beeinflussung von Onlinevoting und so weiter. Da gibt es Dokumente, klare Hinweise und so weiter. Die Schlüsselperson ist ein gewisser Gerhard W. Loub – L – O – U – B geschrieben –: 20 Jahre lang Internetverantwortlicher der ÖVP, zum Schluss in der Bundespartei, „in Wahlkämpfen bis zu 30 Mitarbeiter“, wie er selbst in „Vice“ erklärt.

Sagen Sie, ist Ihnen dieser Verein ProPatria, und er heißt Heimatverein ProPatria - Für Niederösterreich“ bekannt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter Pilz, danke für die Frage. Ich kann Ihnen hier mitteilen: Ich kenne diesen Verein nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja.

Das heißt, das ist ein ÖVP-Verein, in dem Herr Blümel Kassier war - - Ich möchte das nicht alles wiederholen, weil das, was uns beschäftigt, ja nicht die Tätigkeit für die ÖVP, sondern die Frage ist, welche Rolle dort Schlüsselpersonen des BVT, die allesamt der ÖVP angehören – das

sind alles ÖVP-Funktionäre und -Aktivisten –, gespielt haben. Das war jetzt eine nicht entscheidende, aber nicht unwichtige Antwort von Ihrer Seite, denn wenn der ÖVP-Verein Heimatverein ProPatria - Für Niederösterreich hinter dem Rücken der ÖVP-Chefin und Landeshauptfrau agiert, dann stellt sich natürlich schon die Frage: Warum?, denn wenn er für Niederösterreich arbeiten würde, gehe ich doch davon aus, dass diese segensreiche Tätigkeit für das Bundesland, an dessen Spitze Sie politisch stehen, Ihnen als Chefin der ÖVP Niederösterreich bekannt sein müsste. Ist das so?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter Pilz, ich wiederhole mich, ich kenne diesen Verein nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Deswegen hat es auch überhaupt keinen Sinn, wenn ich Ihnen jetzt weitere Fragen dazu stelle.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP) (zur *Geschäftsbehandlung*): Ich hätte eine Bitte, Herr Kollege Pilz: Könnten Sie uns den Auszug aus dem Vereinsregister vorlegen, oder worauf berufen Sie sich? (*Abg. Pilz: Ja, sicher!*) – Bitte in Kopie, das wäre nett, danke schön. Und den Bezug zum BVT hätte ich auch gerne hergestellt. – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja, mache ich gerne, es wird Ihnen gleich ausgeteilt, das haben wir eh vorbereitet. Danke für den Hinweis. (*Ein Mitarbeiter des Abg. Pilz verteilt das genannte Schriftstück.*) Sie finden das auch unter der ZVR-Zahl 902991700 im Zentralen Vereinsregister, und da haben Sie, Frau Kollegin, genau diese genannten Personen; ich habe einfach aus diesem Auszug zitiert.

Ich bin mit der Antwort schon zufrieden. Sie haben gesagt, Sie wissen nichts davon, haben keine Kenntnisse. Es hat keinen Sinn, dass ich Sie da weiter befrage.

Gibt es noch irgendetwas, was Sie uns zum BVT sagen könnten? (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*) – Ich ersuche um Verständnis dafür, denn wir haben manche Ladungen, bei denen mir auch nicht so ganz klar war - - Ich hätte heute lieber Kollegen Amon da an Ihrer Stelle sitzen gehabt, der hätte uns mit Sicherheit mehr erzählen können, aber das Schicksal im Parlament meint es oft nicht gut mit uns und mit Ihnen.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Aber Herr Pilz, ich freue mich, dass ich Sie wiedersehe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja, ja, ganz meinerseits.

Zum Schluss vielleicht noch eine letzte persönliche Bemerkung, weil ich wirklich keine weiteren Fragen an Sie habe und das jetzt nicht künstlich hinauszögern möchte: Das wird, so wie es jetzt aussieht, meine letzte Befragung in diesem Untersuchungsausschuss sein, weil heute Nachmittag meine Kollegin Alma Zadić befragt wird, und ich nutze das kurz, um mich bei allen zu bedanken, insbesondere auch bei den Vertretern und Vertreterinnen der Regierungsparteien, die mir während der kollegialen Arbeit durchaus schon fast ans Herz gewachsen sind – ich schaue da besonders Kollegen Jenewein an. (*Heiterkeit des Fragestellers.*)

Vielen herzlichen Dank auch an Verfahrensrichter, Verfahrensanwalt, Vorsitz und alle, die da gearbeitet haben. Ich finde, es war ein toller Ausschuss, wir haben ziemlich viel zusammengebracht. Ein bisschen hätten wir uns noch weiter mit dem schwarzen Netzwerk beschäftigen sollen, aber man kriegt ja nicht alles, was man sich wünscht. Wir werden schon draufkommen, machen wir es halt nach dem Ausschuss weiter. – Herzlichen Dank allerseits.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Frau Landeshauptfrau, danke, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Es war ein Wunsch der Opposition, nicht unserer, dass Sie heute hier zum Untersuchungsgegenstand geladen sind. Ich kann mich Dr. Pilz insofern anschließen, als dass ich keine weiteren Fragen an Sie habe, zumindest nicht in dieser Runde. – Vielen Dank.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Schönen guten Morgen, Frau Landeshauptfrau! Sie haben gesagt, Sie kennen Frau R. P. (BVT) nur flüchtig und dass Sie wissen, dass sie sich bei der Personalabteilung beworben hat.

Meine konkreten Fragen: Woher wissen Sie, dass sie sich bei der Personalabteilung beworben hat, und hatten Sie davor persönlichen Kontakt zu ihr?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nachdem sie Mitarbeiterin im BVT war, muss sie sich auch einmal beworben haben – das einmal zum Ersten. Zum Zweiten: Ich kenne Frau R. P. (BVT) über ihren Vater. Es ist ja bekannt, dass ihr Vater jahrelang in der Landesregierung Niederösterreich tätig war, und ich habe sie über ihren Vater kennengelernt, habe aber keine Freundschaft in dem Sinne mit ihr, sondern kenne sie flüchtig von der einen oder anderen Veranstaltung und auch von meiner Reise, von meiner beruflichen Reise nach Thailand, die ich damals unternommen habe. Dort war bekannterweise ihr Mann, Herr Peterlik, Botschafter, und da gab es natürlich auch einen Kontakt.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Ich möchte Ihnen das Dokument mit der Nummer 7514 vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Das ist diese anonyme Anzeige, aus der eben hervorgeht, dass die Personalbesetzung der Frau R. P. (BVT) eine Gefälligkeit für Sie gewesen wäre. Da steht: „Der einzige Grund der amtsmissbräuchlichen Gefälligkeit für Mikl Leitner [...]“ – ist – „in der politischen Vergangenheit des Vaters der Dr. R. P. (BVT) zu finden!“

Ich frage Sie: Was sagen Sie zu dieser anonymen Anzeige, dass Sie für sie interveniert hätten?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Also ich kenne diese anonyme Anzeige nicht, aber klar ist, dass ich für Frau R. P. (BVT) nicht interveniert habe.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Sie haben gesagt, Sie kennen Frau R. P. (BVT) nur flüchtig oder – so haben Sie jetzt ausgeführt – aufgrund einer gemeinsamen beruflichen Reise. Ich möchte Ihnen dazu das Dokument mit der Nummer 9007 vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Frau R. P. (BVT) sagte hier im Untersuchungsausschuss selber aus, dass Sie sie seit 30 Jahren kennt: „Ich kenne Frau Mikl-Leitner schon ganz lang, also sicher 30 Jahre.“ – Das stimmt mit dem, was Sie jetzt gesagt haben, nicht wirklich überein.

Was sagen Sie dazu?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe Ihnen gesagt, dass Frau R. P. (BVT) die Tochter von Ernest Gabmann ist, der über Jahre oder sogar zwei Jahrzehnte – ich kann es Ihnen nicht genau sagen, aber ich glaube, sicherlich über zehn, 15 Jahre – in der niederösterreichischen Landesregierung war. Ich bin als Mitglied der Landesregierung in die niederösterreichische Landesregierung im Jahr 1998 eingetreten, wenn ich das jetzt korrekt - - Nein, warte einmal, nein, ich glaube, 2003; das habe ich jetzt nicht genau in Erinnerung.

Seit vielen Jahren kenne ich natürlich die Familie, und ich würde sagen, dass ich Herrn Landesrat Gabmann – oder damals Landeshauptmannstellvertreter – an die 20 Jahre kenne, und seither kenne ich natürlich auch seine Tochter. Da sie aber nie, sage ich jetzt einmal, beruflich mit dem Vater mit war, habe ich sie bei der einen oder anderen Veranstaltung und, wie gesagt, auch in Thailand gesehen.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Haben Sie vor der Bewerbung von Frau R. P. (BVT) persönlichen Kontakt – telefonischer Natur oder sonst wie – zu Frau R. P. (BVT) gehabt? Hat es da Gespräche zwischen Ihnen und Frau R. P. (BVT) gegeben?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Wie gesagt, bei unserer Thailandreise, ich glaube, das war in etwa 2012 – ich kann Ihnen das Jahr nicht sagen, aber so um 2012/2013 muss das gewesen sein –, hat sie mich in Thailand angesprochen, sie würde sich eventuell gerne im Innenministerium bewerben. Und so wie jedem habe ich ihr empfohlen, sie möge sich dann, wenn sie wieder in Österreich ist, auf normalem Wege bei der Personalabteilung im Innenressort bewerben. Das mache ich nicht nur bei Frau R. P. (BVT) so, sondern auch bei jedem anderen, bei jeder anderen Person, egal ob Dame oder Herr, dass ich sage: Bitte bewerben!

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Haben Sie versucht, die Karriere von Frau R. P. (BVT) zu fördern? Haben Sie versucht, in irgendeiner Form Einfluss auf die Bewerbung von Frau R. P. (BVT) auszuüben?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das hat den ganz normalen Weg genommen, so wie bei jeder Bewerbung, wo selbstverständlich das Ausschreibungsgesetz, dann das Personalvertretungsgesetz und natürlich auch das Gleichbehandlungsgesetz einzuhalten ist. Das heißt, es war ein Prozedere wie bei jeder anderen Bewerbung.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Woher wissen Sie das?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Weil bei jeder Bewerbung, im Innenressort als auch im Land, die Systematik die gleiche ist, dass man sich an gesetzliche Grundlagen zu halten hat und das seinen Lauf nimmt. – Keine Intervention.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Ich lege Ihnen das Dokument 8086 vor. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Hier hat der Chef des Verfassungsschutzes ausgesagt: „Frau R. P. (BVT) [...]“ – sei – „über Intervention des Kabinetts zu uns gestoßen.“ – Herr Gridling ist ja nicht irgendwer.

Was sagen Sie dazu?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich nicht kommentieren, was Herr Gridling da gesagt hat. Ich kann Ihnen sagen: keinerlei Intervention von meiner Person.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Das heißt, Herr Gridling hat falsch ausgesagt, oder wie soll ich das jetzt verstehen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich nicht kommentieren oder möchte ich auch nicht interpretieren.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Sie sind aber verantwortlich für die Mitarbeiter des Kabinetts. Daher frage ich Sie auch: Wer war damals Ihr Kabinettschef?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, auch das ist bekannt, dass mein Kabinettschef Herr Kloibmüller war.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): War Herr Kloibmüller über Ihre gesamte Funktionsdauer als Innenministerin Ihr Kabinettschef?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, die gesamte Dauer.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Wer war in Ihrem Ministerium für das BVT zuständig? Welche Mitarbeiter in Ihrem Kabinett waren damals dafür zuständig?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Wer war da zuständig? – Wenn ich das recht in Erinnerung habe, war das zu Beginn Herr Fischer, und dann später war das – na? – Herr Freiseisen.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Wer vom Kabinett hat damals für Frau R. P. (BVT) interveniert?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da habe ich keinerlei Wahrnehmung, und das ist auch eine Unterstellung.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Herr Gridling hat hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt, dass Frau R. P. (BVT) „über Intervention des Kabinetts zu uns gestoßen“ ist. Gestern beispielsweise hat auch Herr B. P. (BVT) ausgesagt, dass Frau R. P. (BVT) unbrauchbar war. Und wir wissen auch aus den Akten, dass es für diesen Posten besser Qualifizierte gegeben hätte.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann Ihnen da jetzt keinerlei Interpretation geben. Wie gesagt, es gab von meiner Seite her keine Intervention.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Können Sie mir sagen – Sie haben es kurz angesprochen –, welche Funktion Herr Ernest Gabmann in Niederösterreich zuletzt hatte?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Der war zuletzt Landeshauptmannstellvertreter.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Wissen Sie, dass Frau R. P. (BVT) bei der Ernest Gabmann GmbH beschäftigt ist?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Wussten Sie oder ist Ihnen bekannt, dass Frau R. P. (BVT) eine der wichtigsten Belastungszeugen für die Hausdurchsuchungen im BVT war? Und wussten Sie auch, ja - -

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich nicht beurteilen.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Wussten Sie, dass sie sich mit dem damaligen Innenminister Herbert Kickl im FPÖ-Klub getroffen hat?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein, keinerlei Wahrnehmung. Das müssen Sie Frau R. P. (BVT) fragen.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Haben Sie, Frau Landeshauptfrau, Wahrnehmungen zu dem Schreiben „ERGA OMNES“? Ich lege Ihnen das Dokument mit der Nummer 722 vor. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Aus diesem geht hervor, dass Belastungsmaterial gegen den damaligen Bundeskanzler Werner Faymann gesammelt wurde – und das mit Ihrer Rückendeckung.

Was sagen Sie dazu? (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Frau Abgeordnete, können Sie bitte die Passage benennen, aus der Sie zitiert haben?

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Seite 5, entschuldigen Sie! Dokumentennummer 722, Seite 5, „ERGA OMNES“.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kenne das Schreiben nicht.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Sie werden in diesem Schreiben erwähnt, und Sie waren damals die zuständige Innenministerin. Deswegen war meine Frage an Sie gerichtet. Ich nehme es aber zur Kenntnis, wenn Sie dazu keine Wahrnehmungen haben.

Ich möchte nochmals auf Ihr Kabinett zu sprechen kommen: Frau Landeshauptfrau, wie war denn diese Arbeit? Wie war die Arbeitsaufteilung bei Ihnen im Kabinett? Wer war für Interventionen zuständig? – Nur damit wir ein bisschen ein genaueres Bild bekommen.

Sie müssen sich vorstellen – wir sitzen jetzt schon seit Monaten hier in diesem Untersuchungsausschuss –, es sind permanent Interventionen passiert, und dann heißt es immer

wieder: Ich weiß von nichts!, oder: Ich habe dazu keine Wahrnehmungen!, aber von irgendwem müssen ja diese Interventionen ausgegangen sein. Daher wollen wir schon besser verstehen, wie da die Abläufe waren.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: 1 Minute noch in dieser Runde.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich bin jederzeit gerne bereit, Ihnen Rede und Antwort zu stehen, bitte Sie aber, Unterstellungen zu unterlassen.

Selbstverständlich gibt es in einem Regierungsbüro, in einem Kabinett eine ganz klare Zuständigkeit, wie in jedem Ministerium, so natürlich auch im Innenministerium. Das wurde dann natürlich nach gewissen Fachgebieten aufgeteilt, angefangen von Fremdenpolizei über die Agenden Polizeiinspektionen, Sicherheitspersonal bis hin zu BVT, Legistik. Das heißt, jede und jeder hatte hier eine ganz klare Zuständigkeit.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Sie haben mir aber noch immer nicht die Frage beantwortet: Wer war bei Ihnen im Kabinett für die Interventionen zuständig?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich weiß nicht, was Sie unter „Interventionen“ meinen. Ich bitte Sie, das irgendwie klarer auszudrücken, ansonsten kann ich das nur als Unterstellung werten.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Es ist keineswegs eine Unterstellung, Frau Landeshauptfrau. Ich zitiere den Chef des Verfassungsschutzes, der ausdrücklich von Intervention spricht. Darauf stützen und berufen wir uns.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann Ihnen nur wiederholt antworten: Es gab keine Intervention.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Von Ihnen nicht. Können Sie ausschließen, dass es vonseiten Ihres Kabinetts Interventionen gegeben hat?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Sie wissen, gerade bei Personalbewerbungen gibt es ein ganz klar gelegtes Prozedere. Es wurde von mir kein einziges Mal irgendeine Entscheidung getroffen, sondern es wurde immer aufgrund der Empfehlungen entschieden.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Anderes Thema: Ich lege Ihnen das Dokument mit der Aktennummer 8597 vor. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Das ist ein E-Mail an Herrn Kloibmüller, Ihren Kabinettschef, und zwar ist es so, dass der Vorsitzende der Glock-Privatstiftung hier über den Privatagenten Mauss um mehr Personenschutz für Glock ersucht.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Ich bitte darum, eine Frage zu formulieren. Die Zeit in der ersten Runde läuft aus.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Genau.

Ist Ihnen dieser Schriftverkehr bekannt, Frau Landeshauptfrau?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Mag. Muna Duzdar (SPÖ): Das heißt also, Herr Kloibmüller hat nie mit Ihnen darüber geredet, denn mich würde interessieren: Wie wurde damals entschieden? Hat die Familie Glock dann mehr Personenschutz bekommen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ist mir nicht bekannt. Habe dazu keinerlei Wahrnehmung und im operativen Bereich habe ich mich nie – sage ich jetzt einmal – eingemengt.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Ich frage Sie vorab: Haben Sie Wahrnehmungen zum Namen Julian Hessenthaler? (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Wer?*) – Julian Hessenthaler. (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Wie?*) – Hessenthaler.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein, kenne ich nicht. Noch nie gehört.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen zu einem Rechtsanwalt Dr. Ramin Mirfakhrai? (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Wie?*) – Mirfakhrai.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Haben Sie Wahrnehmungen zu einer Konsic GmbH? Sagt Ihnen das etwas?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Danke schön.

Ich möchte Sie ganz kurz zu einem anderen Thema fragen, weil das hier im Ausschuss in den vergangenen Tagen und auch schon davor immer wieder Thema war: Haben Sie in Ihrer Zeit, als Sie Ministerin waren, jemals Aufträge entweder direkt oder durch Ihr Kabinett an Abteilungen oder Mitarbeiter des BMI gegeben oder geben lassen, die in weiterer Folge Einfluss in ein Wahlprogramm hätten nehmen können? Sprich: Gab es Aufträge, die man parteipolitisch verwenden hätte können?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Gut.

Dann habe ich noch eine abschließende Frage: Können Sie sich erinnern, wann Sie in Ihrer Eigenschaft als Innenministerin jemals vom Berner Club und darüber, was der Berner Club ist, informiert worden waren. Wann ist das gewesen und welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich weiß nicht, ob das, was jetzt den Berner Club betrifft, ob man das da in der öffentlichen - - (*Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt. – Abg. Krainer: Die Existenz ist kein Geheimnis mehr!*) – Es gab – fragen Sie mich jetzt nicht, in welchem Jahr das war – in Wien ein Treffen des Berner Clubs, wo ich ganz kurz eine Begrüßung vorgenommen habe, dann die Veranstaltung verlassen habe und das Treffen des Berner Clubs vonstattengegangen ist.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Danke.

Haben Sie sonst Wahrnehmungen, wo Sie der Meinung sind, dass sie für die Wahrheitsfindung des Untersuchungsausschusses von Relevanz sein könnten?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung in dieser Richtung.

Abgeordneter Hans-Jörg Jenewein, MA (FPÖ): Gut.

Dann bedanke ich mich für Ihr Erscheinen, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Ich möchte mich auch bei allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses für die Zusammenarbeit in den letzten Monaten bedanken, speziell natürlich bei Peter Pilz, auch wenn er gerade nicht da ist, aber das Kompliment gebe ich doch gerne zurück. (*Allgemeine Heiterkeit.*) Danke vielmals.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Ich möchte darauf zurückkommen, weil Sie die Frage meiner Kollegin Duzdar nicht mit Ja oder Nein beantwortet haben: Können Sie ausschließen, dass vonseiten Ihres Kabinetts für Frau R. P. (BVT) interveniert wurde?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Für mich kann ich das ausschließen. Ich kann aber jetzt nicht für irgendwelche Kabinettsmitarbeiter sprechen. Klar ist aber, dass das immer einen gleichen Verlauf und einen gleichen Prozess innehatte.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Da Sie in diesem Fall keine Weisung gegeben haben: Wenn ein Kabinettsmitarbeiter, so wie es Herr Gridling sagt, hier interveniert hat, wäre das rechtswidrig gewesen, da ohne Ihre Anweisung. Ist das korrekt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Anweisung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Also ist das korrekt, dass es rechtswidrig gewesen wäre, weil ohne Ihre Anweisung?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das habe ich jetzt - - Rechtsfragen müssen Sie Juristen ganz fragen und diese ganz klar beantworten.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie waren Ministerin.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Verfahrensrichter, ich bitte um Ihre Stellungnahme.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Ich weiß, dass das eine Rechtsfrage ist, aber wir haben uns in diesem Ausschuss – das habe ich auch gestern gesagt – immer darauf verstanden, dass die Auskunftspersonen wie sachverständige Zeugen zu behandeln sind und man natürlich eine Ministerin auch zu dieser Rechtsfrage fragen kann. Sie kann ihre Antwort geben, sie kann auch sagen, dass es eine Rechtsfrage ist. Aber wir haben hier immer diese enge Auslegung auf reine Tatsachen nicht gelten lassen, damit wir ein breiteres Spektrum im Ausschuss haben. Das war generell so.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte nochmals darum ersuchen, Herr Verfahrensrichter, zu überprüfen, da es sich bei der Auskunftsperson um *keine* Juristin handelt, ob das wirklich so ist, wie Sie sagen. (*Abg. Krisper: Geh bitte! – Abg. Krainer: Kann man bei Rot über die Ampel gehen? Ist das rechtswidrig? Ui, ich bin kein Jurist, ich weiß es nicht!*)

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Vielleicht noch einen Satz dazu: Ich verwahre mich dagegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums von vornherein zu unterstellen, dass sie hier Amtsmissbrauch begangen hätten. Wenn Sie Derartiges glauben, dann müssen Sie die Herrschaften einladen, aber ansonsten bitte ich darum, das so zu nehmen, dass ich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums sehr zufrieden war, dass sie mein volles Vertrauen genossen haben und dass gerade das gesamte Innenministerium großartige Arbeit leistet. Ich glaube, das zeigt auch jede Art von Image der Polizei, die Kriminalstatistik und die gesamte Arbeit. Bitte da den Kolleginnen und Kollegen des Innenressorts auch Wertschätzung entgegenzubringen!

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Frau Landeshauptfrau! Ich mache keine Unterstellung, aber Herr Mag. Gridling hat noch weiter ausgeführt, wie Ihnen vorliegt: „Es wurde aber dann darauf bestanden, dass sie bei uns Verwendung findet [...]“

Daher nochmals meine Frage außerhalb der Redezeit: Ist es so, dass, wenn ein Kabinettsmitarbeiter von Ihnen interveniert, ohne Ihre Anweisung, eine derartige Intervention rechtswidrig ist?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann das jetzt nicht beurteilen. Aber, wie gesagt: Es gibt hier ein ganz klares Prozedere und das gilt, egal wie jemand heißt oder woher er kommt.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sind Ihnen die sogenannten Strasser-Mails ein Begriff: in E-Mails dokumentierter Postenschacher im Dienste der ÖVP rund um Ernst Strasser und Michael Kloibmüller? Das wurde medial breitest diskutiert.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich bin hier weder der Adressat noch der Absender. Ich kenne das aus der medialen Berichterstattung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Also es ist Ihnen ein Begriff?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kenne das aus der medialen Berichterstattung. E-Mails, glaube ich, sollten jedem ein Begriff sein.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie haben vorhin gemeint, es war Ihnen bei jeder Person ganz wichtig, ihr zu sagen: Bitte über den formal korrekten Weg bewerben! – Ist das richtig?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, das ist eine Sache des Anstandes, wenn jemand auf einen zugeht und fragt: Ich würde mich gerne bewerben oder interessieren!, dass das ganz klar Höflichkeit ist, dass man sagt: Ja, bitte bewerben! Ich mache das auch heute in meiner Funktion als Landeshauptfrau, wenn mich bei einer Veranstaltung auf der Straße jemand anredet, dann kann ich immer nur aus Höflichkeit sagen: Bitte bewerben! – Und das nimmt dann den gesamten Lauf und das gesamte Prozedere.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Das heißt: Sie haben nie selbst interveniert?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich wiederhole mich: Nein.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich lege Dokument 331, Seite 57 vor, E-Mail von Kloibmüller an Strasser, Oktober 2002. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Zwei Bewerber kommen in die engere Auswahl: Donnerbaum, Stelzer. (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Von wann ist denn das? Das ist aus dem Jahr ...!*)

„auch wenn ich mi-lei ihren wunsch gerne erfüllen würde, muss ich in der pol“– politischen – „abwägung hier stelzer vorschlagen; habe das mit dir auch so besprochen (ist allerdings wochen her) und auch schon mi-lei vorsichtig angekündigt; es ist allerdings noch nichts entschieden und daher alles änderbar. michael“

Haben Sie eine Idee, wer mit „mi-lei“ gemeint sein könnte?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich bin weder der Verfasser noch der Adressat dieses Schreibens oder dieses E-Mails. Bitte hier um Verständnis.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Haben Sie damals für Donnerbaum interveniert?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja oder nein?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung. Also, könnt - - Kann mich nicht erinnern. Keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sagt Ihnen das Kürzel rot-weiß-rot im Rahmen von Postenbesetzungen im BMI unter schwarzen Innenministern und -ministerinnen etwas?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Kein Begriff, den ich verwende.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Bitte wenden Sie das Blatt! Da findet sich eine E-Mail vom Juni 2002 von Vogl an Ulmer und Strasser. Unten finden Sie:

„marth ist ehemaliger sw-beamter, der nebenberuflich studiert hat. er ist [...] zur bpd wien, weil er dort eine a-planstelle erhalten hat. ich schätze ihn [...] als sehr wiffen burschen ein, der meiner Einschätzung nach auch gut für [...] die legistik geeignet wäre. wie rot-weiß-rot er ist, weiß ich nicht.“

Weiters lege ich vor – auch im Dokument 313, aber Seite 19 (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*) –: „lieber Ernst! [...] Ich darf Dich als politischer Vertreter des Bezirks

Mödling ersuchen, ‚rot-weiß-rote‘ Überlegungen bei den Nachbesetzungen in Betracht zu ziehen. Mit herzlichen Grüßen, Hans Stefan Hintner“.

Können Sie uns wirklich nicht erklären, was rot-weiß-rote Überlegungen sind?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, das ist jetzt da nicht Sache des Untersuchungsausschusses, dass ich hier Interpretationen von E-Mails, die im Jahr 2002 geschrieben worden sind, vornehme oder ich mich an: Was wäre wenn?, beteilige.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Das haben wir im Ausschuss schon längst geklärt. Da es hier um Kloibmüller geht, ist das sehr wohl auch hier zu diskutieren. Bitte um eine Antwort.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, ich kann Ihnen nur sagen: Dieses E-Mail aus dem Jahr 2002 - - Ich habe keinerlei Kenntnis, in welchem Zusammenhang das gemeint ist.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich wiederhole meine Frage außerhalb der Redezeit. Können Sie uns wirklich nicht erklären, was rot- weiß-rote Überlegungen sind?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Müssen Sie die betroffenen Personen fragen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Kennen Sie Stefan Hintner?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, selbstverständlich. Bürgermeister der Stadt Mödling.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): ÖVP-Landtagsabgeordneter. (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Bitte?*) – ÖVP-Landtagsabgeordneter in Niederösterreich?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein. In der Vergangenheit, ja. (*Abg. Krisper: Aha!*) Er war ja teilweise im Nationalrat, dann im Landtag, und jetzt ausschließlich Bürgermeister.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Spielt Ihrer Wahrnehmung nach Parteizugehörigkeit bei Aufstiegs- oder Besetzungschancen im Innenministerium irgendeine Rolle?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich darf es jetzt, glaube ich, zum fünften Mal wiederholen, dass hier gewisse Voraussetzungen zu erfüllen sind, wenn man sich für eine gewisse Position bewirbt, und dass das dann eben gemäß Ausschreibungsgesetz, Gleichbehandlungsgesetz, Personalvertretungsgesetz natürlich auch in den verschiedenen Gremien diskutiert wird und dann ein ganz klarer Vorschlag vorgelegt wird. Es gab keine einzige Entscheidung von meiner Seite, die von dort, von dieser Empfehlung, abgewichen wäre.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Da Sie vorher gemeint haben, Ihnen seien die Strasser-E-Mails bekannt gewesen, meine Frage, die ich auch an Herrn Sobotka und Frau Fekter gerichtet habe: Wie konnten Sie, wissend, dass Kloibmüller hier evident Postenschacher betrieben hat, ihn als Vertrauensperson und Kabinettschef haben, im Wissen um die Strasser-E-Mails, die eine klare Sprache sprechen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Vielleicht nur ganz kurz, warum Michael Kloibmüller mein Kabinettschef war: weil ich ihn im Jahr 2011 von der Vorgängerin, von Frau Maria Fekter, übernommen habe, und die Vorgängerin, Frau Ministerin außer Dienst Maria Fekter, volles Vertrauen zu ihm hatte und mir empfohlen hat, das Kabinett zu übernehmen. Ich habe dann das Kabinett auch fast zur Gänze übernommen, außer den einen oder anderen, der dann eben vom Innenministerium in das Finanzministerium übersiedelt ist – das heißt: aufgrund einer Empfehlung der Vorgängerin.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich wiederhole meine Frage: Warum konnten Sie ihm vertrauen – Sie sind frei in der Wahl Ihres Kabinettschefs –, wissend um die Strasser-E-Mails und dem Geist, der darin weht?

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte hier festhalten, dass das Ermittlungsverfahren keinen Verdacht einer strafbaren Handlung ergeben hat beziehungsweise strafbares Handeln nicht erweisbar war. Das ist ein Erkenntnis vom 26.9.2011 in der Causa Kloibmüller.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS) (zur Geschäftsbehandlung): Ich wiederhole hier wie gestern: Wir sind hier kein Strafgericht. Es geht um politische Verantwortung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Die sogenannten Strasser-E-Mails, in denen Herr Kloibmüller eine tragende, zentrale Rolle gespielt hat, wurden niemals gerichtlich verfolgt, weil sie nämlich so lange am Schreibtisch des zuständigen Staatsanwalts gelegen sind, bis sie verjährt waren. Insofern ist das, was hier von Kollegin Schwarz erwähnt wurde, ein anderes Verfahren und hat mit den E-Mails nichts zu tun.

Natürlich ist die Frage absolut zulässig. Sie hat gesagt, sie kannte die Strasser-E-Mails aus der medialen Berichterstattung – die hat ja ganz Österreich gekannt –, und da ist die Frage natürlich vollkommen zulässig und drängt sich geradezu auf: Wie können Sie die zentrale Person dieser Strasser-E-Mails zu Ihrem Kabinettschef machen und sich dann womöglich auch noch wundern, dass hinter Ihrem Rücken weiter interveniert wird?

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Ich halte die Frage für zulässig, denn eine Unterstellung geht von - - Sie unterstellen, dass das so war. Sie unterstellen das aufgrund Ihrer Meinung, Ihrer Unterlagen, und das dürfen Sie. Sie unterstellen nicht der Auskunftsperson etwas, sondern Sie fragen die Auskunftsperson. Ich bitte also, diese Frage zu beantworten.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich wiederhole völlig nicht unterstellend: Wie konnten Sie Vertrauen in Kloibmüller haben, wissend um die Strasser-E-Mails?

Mag. Johanna Mikl-Leitner (in den Unterlagen blättern): Ich sehe diese Strasser-E-Mails jetzt zum ersten Mal, und wie gesagt (Abg. **Krisper:** Sie haben gesagt, Sie haben es aus den Medien!): Aufgrund der Empfehlung meiner Vorgängerin habe ich selbstverständlich auch den Kabinettschef in seiner Funktion gelassen, weil ich ihm auch zu 100 Prozent vertraut habe und er gute Arbeit geleistet hat, egal ob Sie jetzt diese Frage unterstellend oder nicht unterstellend gestellt haben.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Hatten Sie Vertrauen dahin gehend, dass Kloibmüller dem Geist der Strasser-E-Mails entsprechend auch Ihre Postenbesetzungswünsche weiter vornimmt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Liebe Frau Abgeordnete – wie heißen Sie? – Krisper, das ist wieder einmal eine Unterstellung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich darf Ihnen einen „Presse“-Artikel vom 6. Oktober 2011 vorlegen, Titel: „Schande“: Mikl-Leitner tobt nach Kabinettschef-Verhör.“ (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

„Telekom-Affäre: [...] ‚Hier werden Leben zerstört.‘ [...] Die Justiz soll mit Michael Kloibmüller den Kabinettschef von Innenministerin [...] Mikl-Leitner verhört haben. Gegen ihn wird einem Medienbericht zufolge im Zusammenhang mit der Telekom-Affäre ermittelt.“

Ihre Reaktion darauf war laut „Presse“: „Das ist eine Schande“

„Denn hier wird – von mancher Seite bewusst – das Leben einzelner Menschen und ihrer Familien zerstört. Das ist unerträglich und eine Schande“ [...] Die Staatsanwaltschaft soll

deshalb ‚ihre Arbeit so rasch als möglich erledigen‘ und damit die ‚Zeit der Spekulation beenden‘.“

Halten Sie es für eine Innenministerin für angebracht, dem justiziellen Spruch derart vorzugreifen, von Spekulation zu reden und sich dermaßen in die Bresche zu schmeißen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Mir war damals wichtig, dass all diese Vorwürfe, die da geäußert worden sind oder im Raum standen, so schnell wie möglich aufgeklärt werden und dass es so schnell wie möglich zum Verfahren kommt. Soweit mir bekannt ist, wurde das ja auch alles eingestellt.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich darf die Reaktion der Justiz auf Ihre Aussagen als Innenministerin vorlegen (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*): „Rüffel [...] von Richtern“ – 7. Oktober 2011, APA-Meldung –:

„Die Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte [...] ‚verwehrt‘ sich ‚gegen die politischen Zurufe‘ der Innenministerin an die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen Kloibmüller [...].

Mikl-Leitner tue gut daran zu akzeptieren, dass die Staatsanwaltschaft ‚ohne Ansehen der Person die in der Strafprozessordnung vorgesehenen und in der Sache notwendigen Ermittlungsschritte zur Abklärung des Tatverdacht durchzuführen hat, ohne sich von Politikern zeitliche oder sachliche Grenzen setzen zu lassen‘.“

Halten Sie Ihre Wortwahl rückblickend weiterhin für angebracht?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, das ist zwar nicht Untersuchungsgegenstand, ich beantworte das aber trotzdem sehr gerne.

Ich glaube, wenn man sich als Vorgesetzte vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt, dann ist das das Normalste vom Normalen. Ich wäre über jeden Vorgesetzten entsetzt, wenn er sich nicht vor seine Mitarbeiter stellen würde. Das Einzige, worum ich gebeten habe, ist, dass es eben rasch zur Aufklärung kommt, dass die Staatsanwaltschaft rasch ermittelt – und ich glaube, das erwartet sich letztendlich in dieser Republik jeder Bürger, jede Staatsbürgerin, jeder Staatsbürger. Ich glaube, das ist das Normalste vom Normalen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie waren nicht eine normale Vorgesetzte, Sie waren Innenministerin, haben sich zu einem offenen Strafverfahren geäußert und von Spekulation gesprochen, also eine sachliche Wertung abgegeben – und die Justiz hat, wie Sie lesen, dementsprechend reagiert. Halten Sie rückblickend Ihr Vorgehen weiterhin für gerechtfertigt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, in welcher Tonalität - - oder welche Wortwahl ich hier getroffen habe, ist nicht Untersuchungsgegenstand, und ich glaube, ich muss mich da Ihnen gegenüber auch nicht rechtfertigen. (*Abg. Krisper: Es geht um Ihre Beziehung - -!*) Das sollte jeder für sich klären.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Die Redezeit beträgt noch 20 Sekunden.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Es geht um Ihre Beziehung zu Herrn Kloibmüller – nur zur Erklärung. Ich setze in der nächsten Runde fort.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Dr. Pilz, haben Sie noch weitere Fragen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Nach den Antworten jetzt eigentlich doch, weil man das einfach nicht so stehen lassen kann.

Ich habe vor circa zehn Jahren eine Festplatte bekommen, das war eine Festplatte des Computers des früheren Innenministers Strasser. Ich habe diese Festplatte damals ausgewertet, die ganzen E-Mails sichergestellt und diese auch veröffentlicht. Im Korruptionsuntersuchungsausschuss 2012 haben wir diese ganzen Strasser-E-Mails Mail für Mail durchgearbeitet, deswegen erspare ich mir jetzt, das alles noch einmal zu tun. Das haben wir damals wirklich erschöpfend gemacht, und zwar mit den Innenministern, die damals zuständig waren – das ist alles in den Stenographischen Protokollen nachzulesen.

Jetzt gibt es aber folgenden Punkt: Zu Ihrer Zeit waren erstens in diesem Zusammenhang Strafverfahren anhängig, zweitens waren im Zusammenhang mit den Strasser-E-Mails Ermittlungsverfahren anhängig. – Ich formuliere es eh zurückhaltend und sachlich. – Wollen Sie als damalige Innenministerin uns wirklich sagen, dass Sie von den zu Ihrer Zeit laufenden Ermittlungen – Staatsanwaltschaft, Innenministerium – zu den Strasser-E-Mails, den E-Mails Ihres ehemaligen LandesparteiSekretärs in Niederösterreich, tief verwurzelt in der niederösterreichischen ÖVP, nichts gewusst haben?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter Pilz, ich glaube, das ist ja jedem bekannt und ist auch medial und auch in einigen Sitzungen besprochen worden, dass es diese E-Mails gibt, aber dieses konkrete E-Mail, das mir da vorgelegt wurde, ist mir in keinerlei Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Sie haben Herrn Kloibmüller als Kabinettschef übernommen, und dies – ich habe mir das genau angeschaut – zu einem Zeitpunkt, zu dem die Strasser-E-Mails intensivst öffentlich diskutiert worden sind. Ich habe ja die Kopien von den Originalen damals noch da. Ich sage ja nur so Beispiele, das ist ja damals alles öffentlich diskutiert worden, und überall: Kloibmüller. Typisches:

„von KLOIBMÜLLER Michael“, am Donnerstag, 12. September 2002, 9.35 Uhr, „An: ‚STRASSER Ernst‘“, wegen: Bundesgendarmeriekommandant Mödling. Da schreibt Strasser an Kloibmüller:

„nr spindelegger ersucht, daß die funktion hauptmann nichau wird.

geht das?

ernst“

Und Michael antwortet:

„mein wunsch und der vieler anderer.

aber da gibt es probleme. ich komme in dieser angelegenheit zu dir.

michael“

So hat das damals ausgeschaut in Niederösterreich: Eine Postenschiberei der Extraklasse für die ÖVP – penibel dokumentiert, anhängig bei der Staatsanwaltschaft. Sie werden Innenministerin und nehmen den schwerst belasteten Kloibmüller, den Postenschacherspezialisten der ÖVP im Bereich innere Sicherheit schlechthin. Erklären Sie mir bitte, warum Sie den führenden Innenministeriumspostenschacherer, der auf frischer Tat erwischt worden ist, als Kabinettschef übernommen haben!

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter Pilz, es obliegt Ihnen, welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sie anstellen. Es obliegt Ihnen, wem Sie das Vertrauen schenken. Ich kann Ihnen hier ganz klar sagen und versichern, dass es mir immer wichtig war, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter korrekt handeln, gerade wenn es um die Besetzung von Positionen geht. Und das wurde immer korrekt gemacht. Es gibt hier keine einzige Weisung von mir.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Kollege Pilz, die Redezeit in dieser Runde ist leider abgelaufen. (*Abg. Pilz: Ich hab noch!*)

Frau Abgeordnete Schwarz gelangt als Nächste zu Wort. – Bitte.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Ich möchte hier gleich anschließen und Ihnen, Frau Landeshauptfrau, das Dokument mit der Nummer 7932, und zwar die Seiten 68 bis 69, vorlegen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Das ist ein Auszug aus der Befragung von Herrn MMag. M. W. (BVT) hier bei uns im BVT-Untersuchungsausschuss. Er war der Leiter der Abteilung Informationsgewinnung, wo bekannterweise auch Frau Dr. R. P. (BVT) gearbeitet hat. Und zur Stellenbesetzung von Frau Dr. R. P. (BVT) hat MMag. M. W. (BVT) hier bei uns ausgeführt, dass eine Verbindung mit Ihnen zwar bekannt war, dass das aber für ihn „kein Grund“ war, Frau R. P. (BVT) „zu nehmen oder erst recht zu nehmen“. MMag. M. W. (BVT) hat bei uns im Untersuchungsausschuss klargestellt, dass es auf seiner Seite keine Intervention für Frau Dr. R. P. (BVT) gab. – Das entspricht dem, was Sie vorhin gesagt haben.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich nur bestätigen. Es gab keinerlei Intervention von meiner Seite.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Zum Thema Intervention eine andere Sache: Ich lege Ihnen ein Dokument mit der Nummer 8371 vor (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*) – das ist die Zeugeneinvernahme des SPÖ-Landesparteiobmanns in Niederösterreich Franz Schnabl, der Ihnen ja als Landeshauptmannstellvertreter wohlbekannt ist. Er hat ja im Jahr 2012 den deutschen Privatagenten Mauss alias Schneider an Gabriel Lansky vermittelt, um bei Generaldirektor Anderl für polizeiliche Maßnahmen zu intervenieren. Ich zitiere:

„Ich habe ihm daraufhin die Kanzlei LANSKY empfohlen und wir haben dann einige Termine dort gemeinsam wahr genommen, bzw. habe ich den SCHNEIDER bei LANSKY vorgestellt.

SCHNEIDER war dann einen ganzen Tag bei LANSKY und haben diese eine Sachverhaltsdarstellung verfasst, welche dann an die zuständigen Stellen verschickt wurde.“

Ist Ihnen diese Causa bekannt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe persönlich keinerlei Wahrnehmung dazu, aber diese Causa ist mir medial bekannt.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Sie arbeiten doch mit dem Landeshauptmannstellvertreter zusammen: Ist Ihnen bekannt, ob es nach wie vor Kontakte des Landeshauptmannstellvertreters zur Kanzlei Lansky oder den genannten Personen gibt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich verfüge diesbezüglich über keinerlei Informationen.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Wurde in dieser Causa jemals bei Ihnen in Ihrer Funktion als Ministerin interveniert?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe da keinerlei Wahrnehmung, ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Danke schön.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe dazu nur eine Frage: Wurde bei Ihrem Kabinett in dieser Causa interveniert?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben einen Brief mit einer Intervention in dieser Frage, der Ihnen in der letzten Runde vorgelegt wurde, bei sich liegen.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Welcher Brief? Welchen Brief meinen Sie?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der wurde Ihnen vorgelegt – ein Brief vom Leiter der Privatstiftung Gaston Glock.

Verfahrensanwalt Dr. Arthur Mikesi: Welche Dokumentnummer sprechen Sie an? (*Abg. Krainer: 8597!*)

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kenne dieses Schriftstück nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie kennen es halt erst seit 20 Minuten (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Ja, ja, eben, seit dies- -!*), es wurde Ihnen vor 20 Minuten vorgelegt.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Um es zu präzisieren, Herr Abgeordneter – ich korrigiere mich, um es zu präzisieren –: Ich kenne dieses Schriftstück erst jetzt, seit dem Ausschuss.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. Da wurde also bei Herrn Kloibmüller in dieser Frage interveniert – das können wir ja feststellen, der Brief liegt Ihnen vor. Ob bei Ihnen persönlich, ob das an Sie berichtet wurde, weiß ich nicht – Sie haben gesagt, Sie haben keine Wahrnehmung oder keine Erinnerung daran –, wir waren ja alle nicht dabei.

Woher kennen Sie Herrn Kloibmüller? Haben Sie ihn erst, als Sie Ministerin waren, als Kabinettschef kennengelernt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, aus der Zeit von Frau Maria Fekter, glaube ich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie ihn privat gekannt, beruflich gekannt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe ihn privat nicht gekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Beruflich kennengelernt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Er war bekannt, er war ja an und für sich schon - - - Moment, lassen Sie mich erinnern –, er war ja an und für sich erstens einmal auch schon jahrelang im Ministerium im Kabinett, und dann war er zwischenzeitlich auch einmal im Gesundheitsministerium Kabinettschef, aber ich hatte mit ihm, sage ich einmal, in dem Sinne keinerlei Berührungspunkte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie kannten ihn nur aus den Medien?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kannte ihn nicht nur aus den Medien, sondern selbstverständlich aus den Begegnungen bei Veranstaltungen. Also ich hatte jetzt weder eine freundschaftliche Beziehung, wo ich jetzt sage, man wäre da Mittagessen oder Sonstiges gegangen – nein, das gab es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was haben Sie gemacht, bevor Sie Innenministerin wurden?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, das ist aus meinem Lebenslauf ersichtlich. Ich war Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wofür zuständig?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Zuständig für den gesamten Bereich EU und Soziales.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und in dieser Funktion hatten Sie Kontakt mit Herrn Kloibmüller?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: In dieser Funktion nein, aber bei der einen oder anderen Veranstaltung – aber sicherlich nicht beruflich!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und was für Veranstaltungen waren das?

Mag. Johanna Mikl-Leitner (*erheitert*): Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber ich glaube, da gibt es ja - -

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na waren das Parteiveranstaltungen der ÖVP Niederösterreich? Kennen Sie ihn von dort? – Ja, das müssen *Sie* wissen, woher Sie ihn kennen, das kann ja ich nicht wissen.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Also ich, Herr Abgeordneter, kann mich nicht erinnern, wann ich Herrn Kloibmüller das erste Mal kennengelernt oder gesehen habe. Da habe ich keinerlei Erinnerungsvermögen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, das fällt mir auch auf, dass Sie keinerlei Erinnerungsvermögen haben. (*Ruf bei der ÖVP: Bitte!*) Aber eine Frage: Aus was für einem Konnex kennen Sie ihn? Kennen Sie ihn aus der ÖVP Niederösterreich? Woher kennen Sie ihn?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kenne - -

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie beide leidenschaftliche Ausstellungsbesucher? – Mir ist ja egal, woher Sie ihn kennen, ich würde es ja nur gerne wissen.

Mag. Johanna Mikl-Leitner (erheitert): Wenn es Ihnen egal ist, woher ich ihn kenne, wieso fragen Sie mich dann eigentlich? Ich meine, das ist ja irgendwie schon ganz komisch.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weil ich es wissen will!

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann es Ihnen nicht sagen, wann ich ihn das erste Mal gesehen habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und aus welchem Konnex kennen Sie ihn? Nicht privat, nicht beruflich?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann es Ihnen nicht sagen, wann ich ihn das erste Mal gesehen habe. Es kann wahrscheinlich bei irgendeiner Veranstaltung hier in Wien gewesen sein, bei irgend so einem Fest da in der Hofburg, bei – anno dazumal – Pröll-Festen – fragen Sie mich nicht, wie das geheißen hat –, diesen Frühlingfesten. Ansonsten aber kann ich Ihnen das jetzt aus der Vergangenheit nicht genau sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hatten Sie Kontakt zu ihm, als er in Vorgängerkabinetten war?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Wie meinen Sie das jetzt? Ich habe die Frage nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ob Sie zu ihm Kontakt hatten, als er in Vorgängerkabinetten war. – Vorgängerkabinette sind: Strasser, Prokop, Fekter, Platter.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, das eine oder andere Mal, wo er Chefbegleitung gemacht hat, wo er seine Minister begleitet hat, da habe ich ihn gesehen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie jemals bei ihm wegen Postenbesetzungen interveniert?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das entzieht sich meiner Wahrnehmung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie erinnern sich nicht mehr?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Kann ich mir auch nicht wirklich ... vorstellen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): War Ihnen damals, als Sie ihn als Kabinettschef übernommen haben, klar, dass er eine zentrale Rolle im Postenschacher im Innenministerium in der Ära Strasser gespielt hat? War Ihnen das damals klar?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das werte ich jetzt auch als ganz klare Unterstellung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welchen Teil? Dass er bei Strasser im Kabinett war? Welcher Teil ist jetzt eine Unterstellung?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann Ihnen nur aus meiner persönlichen Erfahrung sagen, dass er einen sehr guten Job gemacht hat. Wenn Sie meine Ära als Innenministerin ansehen, was wir an Aktivitäten und Vorfällen hatten und an Themen zu behandeln hatten: vom Bundesamt, vom BFA über Breivik, über Terrorwarnungen, über Flüchtlingskrise, über Besetzung der Votivkirche – all das war in meiner Zeit, und glauben Sie mir, wir hatten alle Hände voll zu tun. Und er hat das gut gemanagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich wiederhole meine Frage: Hatten Sie damals, als Sie ihn als Kabinettschef übernommen haben, Kenntnis, dass er eine zentrale Rolle beim Postenschacher in der Ära Strasser gespielt hat?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei konkrete Wahrnehmung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie wissen nicht mehr, ob Sie das wussten?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Sie waren noch nie in der Situation, Minister zu werden, aber glauben Sie mir: Wenn Sie Minister sind, sind Sie dankbar, wenn Ihnen der Vorgänger oder die Vorgängerin sagt, ich vertraue dir mein Kabinett an, die leisten großartige Arbeit. Und so war das auch in meinem Fall, dass das ja relativ kurzfristig war, dass ich zur Ministerin geworden bin, wobei es eine Empfehlung von Maria Fekter gab, dieses Kabinett beizubehalten und nicht zu tauschen. Und ich sage Ihnen auch offen und ehrlich, ich war dankbar, denn wenn man von der Landesebene auf die Bundesebene kommt und mit der Beamtenschaft wenig Kontakt hat, ist man dankbar für eine derartige Empfehlung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer war bei Ihnen im Kabinett für Interventionen zuständig?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das haben wir schon einmal beantwortet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich darf es für Sie, sehr geschätzter Herr Abgeordneter, noch einmal wiederholen, dass es im Kabinett eine Zuständigkeit, eine fachliche Zuständigkeit gab, und dementsprechend wurde das auch professionell abgearbeitet. Da geht es um das BFA, da geht es um das Sicherheitspolizeigesetz, da geht es um das Staatsschutzgesetz – all das war in der Verantwortung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gab hier keinen speziellen Ansprechpartner, wo ich jetzt sage, da hätte es einen gegeben, der für Interventionen zuständig ist. Ich bitte Sie da um Verständnis: So etwas gab es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer war für Interventionen im Personalbereich, bei Postenbesetzungen, zuständig? Oder war das auch abhängig davon, ob das im BVT oder im BFA war?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da gab es die Personalabteilung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na innerhalb Ihres Kabinetts – das ist ja die Frage.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da gab es jetzt nicht eine spezielle Person, die Personal gemacht hätte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Na wer war zuständig für Personalinterventionen – wer genommen werden soll, wer nicht – im BVT? War das Herr Kloibmüller oder war das Herr Freiseisen? Oder wissen Sie es nicht, wer zuständig war?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Also ich glaube, dass es nicht sehr klug gewesen wäre, wenn wir uns da eingemischt hätten, sondern gerade wenn es um das BVT geht, braucht es da sehr viel Kompetenz. Da gibt es ganz klare Anforderungen, und das haben Experten zu entscheiden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Herr Direktor hat aber gesagt, es wurde von Ihrem Kabinett interveniert!

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: 25 Sekunden noch in dieser Runde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich will wissen, wer es war - -

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter, ich habe Sie akustisch nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Direktor des BVT hat hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt, es wurde vom Kabinett der Bundesministerin – das waren damals Sie – interveniert, dass Frau R. P. (BVT) aufgenommen wird. Jetzt frage ich Sie: Wer aus Ihrem Kabinett war das? Wer war zuständig für diese Intervention? (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter, das - -!*) War das Herr Freiseisen, Herr Kloibmüller, oder wissen Sie es nicht? (*Auskunftsperson Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter - -!*) – Ich wiederhole die Frage schon zum dritten Mal.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter, ein bisschen gegenseitigen Respekt! – Ich wiederhole das noch einmal – das mag vielleicht die Wahrnehmung oder Gerüchteküche des Herrn Gridling gewesen sein, die ihm da zugetragen worden ist –: Von meiner Seite her gab es keine Intervention. Ich wiederhole mich noch einmal: Keine Intervention.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ändert nichts an der Frage, wer in Ihrem Kabinett für Personalinterventionen beim BVT zuständig war: War das Herr Freiseisen oder Herr Kloibmüller, oder wissen Sie es nicht? – Ich bin ja mit allen drei Varianten zufrieden, ich hätte nur gerne eine Antwort.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich sage es Ihnen noch einmal (*Abg. Krainer: ... dieselbe Frage!*): Es gab hier keine konkrete Person, die für derartige Angelegenheiten zuständig gewesen wäre.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Kollege Krainer! Die Fragezeit in dieser Runde ist abgelaufen.

Kollege Jenewein wäre als Nächster an der Reihe. (*Abg. Jenewein: Keine Fragen!*) – Keine Fragen.

Frau Kollegin Dr.ⁱⁿ Krisper, bitte.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, haben Sie für Kloibmüller interveniert, damit er nach dem Austreten aus dem BMI seine Tätigkeit in der WET-Gruppe antreten kann?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe da nicht interveniert. Wer - - Personalfragen der Wohnbaugenossenschaften obliegen selbstverständlich den Wohnbaugenossenschaften, das obliegt nicht meiner Zuständigkeit.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Aber Sie kennen die WET-Gruppe?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, selbstverständlich.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wissen Sie auch, dass sie vorher den Namen Niederösterreichische Wohnbaugruppe Service GmbH trug?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, aber ich glaube, die WET ist nicht Untersuchungsgegenstand. (*Abg. Krainer: Das werden wir noch sehen!*)

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Könnte es sein, dass das Land Niederösterreich beziehungsweise der ÖVP nahestehende Verbände wie die Landwirtschaftskammer nicht unwesentlich – da meine ich eine Beteiligung von über 50 Prozent – an dieser WET-Gruppe beteiligt sind?

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Frau Kollegin, berechtigterweise stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand. Können Sie den bitte herstellen?

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja. Es stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit der Aussage von Kloibmüller – die ich gerne vorlege –, dass hinter ihm kein ÖVP-nahes Netzwerk steht. Hätte er hier gesagt: Ja, meine ÖVP-Nähe war mir hilfreich!, müsste ich jetzt nicht den Gegenbeweis antreten und wäre nicht genötigt, ein Bild zu zeichnen, das der Realität meiner Meinung nach viel näher kommt und sich in der weiteren beruflichen Tätigkeit des Herrn Kloibmüller nach Ausscheiden aus dem BMI abbildet.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da bitte ich Sie, sich an die WET zu wenden, wie diese Personalentscheidung getroffen worden ist. Das entzieht sich wirklich meinen Informationen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja, ja, aber nochmals, außerhalb der Redezeit: Meine letzte Frage war, ob es sein kann, dass das Land Niederösterreich beziehungsweise der ÖVP nahestehende Verbände wie die Landwirtschaftskammer nicht unwesentlich – das heißt über 50 Prozent – an dieser WET-Gruppe beteiligt sind.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da kann ich Ihnen jetzt keinerlei konkrete Information geben. Ich habe jetzt keinerlei Informationen oder Unterlagen da, wo ich jetzt genau sagen könnte, wer wo beteiligt ist. Bitte hier um Verständnis.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wissen Sie, dass der andere Vorstandsposten mit dem Sohn des Abgeordneten Rädler besetzt wurde?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich weiß, dass Herr Rädler dort in Führungsposition, in der Geschäftsführung - - Das ist aber auch kein Untersuchungs- -, ist Privatwirtschaft und das ist nicht Untersuchungsgegenstand.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja, aber es geht um die Frage, in welches Netzwerk Kloibmüller eingebettet war und ist, und der Istzustand lässt Rückschlüsse auf das War im Innenministerium zu.

Ist Ihnen bewusst, dass die WET-Gruppe beziehungsweise vormals die Niederösterreichische Wohnbaugruppe um 110 000 Euro Inserate beim Niederösterreichischen Pressverein-Zeitungsverlag schaltete?

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: So, jetzt muss ich einschreiten. Es ist wirklich die Frage: Wie stellen Sie den Zusammenhang mit unserem jetzigen Untersuchungsgegenstand her? – Solange Sie sagen, dass es um Kloibmüller geht, kann ich das noch akzeptieren, aber Parteifinanzierung ist noch nicht Thema dieses Ausschusses. (*Abg. Krainer: Wird auch nie einer werden!*)

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Uns ist bewusst, dass Kloibmüller jetzt einer Tätigkeit in der WET-Gruppe nachgeht. Die Frage ist, wie die politisch positioniert und eingebettet ist, und dem möchte ich jetzt mit drei Fragen nachgehen.

Ist Ihnen bewusst, dass die WET-Gruppe beziehungsweise vormals die Niederösterreichische Wohnbaugruppe um 110 000 Euro Inserate beim Niederösterreichischen Pressverein-Zeitungsverlag schaltete und dies ein ÖVP-naher Verein ist? (*Zwischenbemerkung der Vertrauensperson.*)

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Mag. Huemer, das ist nicht Ihre Aufgabe hier im Untersuchungsausschuss. (*Neuerliche Zwischenbemerkung der Vertrauensperson. – Abg. Krainer: An den Verfahrensanwalt dürfen Sie sich wenden, an sonst niemand! – Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensrichter, dem Verfahrensanwalt und dem Vorsitzende-Stellvertreter. – Abg. Pilz: Außerdem machen Sie nicht so ein Trara und stören Sie nicht den Ausschuss!*)

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Also bitte, er darf sich an mich wenden, er hat sich an mich gewendet. Er kann es nicht anders als über diese Schiene hier, wir sitzen so.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Aber bitte in einer angemessenen Form! (*Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensrichter, dem Verfahrensanwalt und dem Vorsitzende-Stellvertreter.*)

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Ich kann diese Frage nicht zulassen, denn sie geht vom Untersuchungsgegenstand zu weit weg.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Frau Kollegin Krisper, würden Sie die Frage bitte in einen Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand bringen? Der Herr Verfahrensrichter hat gerade deutlich gemacht, dass er diese Fragen als nicht mehr vom Untersuchungsgegenstand umfasst ansieht.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Die Frage hätte geendet mit: und es sich bei dem Pressverein-Zeitungsverlag um einen ÖVP-nahen Verein handelt. Dadurch hätte sich mein Kreis geschlossen, dass da eine Nähe der WET-Gruppe zur ÖVP und zu Finanzierungen besteht. Dadurch gehe ich der Frage nach, in welches Netzwerk Kloibmüller eingebettet war, denn das entsteht nicht plötzlich von heute auf morgen, nur weil er das BMI verlässt.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Also die Personalentscheidung obliegt einzig und allein der WET. Ich bitte Sie, diese Frage an sie zu stellen. Wie jetzt welche Beziehungen zu den Inseraten - - oder was immer Sie da gestellt haben - - Da müssen Sie sich direkt an die WET richten.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Nein, nein. Ich rede jetzt vom Pressverein-Zeitungs- -

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich möchte in diesem Zusammenhang schon auf Art. 53 B-VG aufmerksam machen, Herr Verfahrensrichter: „Gegenstand der Untersuchung ist ein bestimmter abgeschlossener Vorgang im Bereich der Vollziehung des Bundes. Das schließt alle Tätigkeiten von Organen des Bundes, durch die der Bund, unabhängig von der Höhe der Beteiligung, wirtschaftliche Beteiligungs- und Aufsichtsrechte wahrnimmt, ein. Eine Überprüfung der Rechtsprechung ist ausgeschlossen.“ – Ich bitte Sie, da schon den Zusammenhang herzustellen. (*Abg. Krainer: Der ist eh schon hergestellt!*) – Na, eben nicht, wenn es um Landesangelegenheiten geht.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich *unterbreche* die Sitzung zu einer kurzen Stehpräsidiale, um über diese Frage Konsens zu erzielen.

(*Der medienöffentliche Teil der Sitzung wird um 11.27 Uhr unterbrochen und um 11.31 Uhr als solcher wieder aufgenommen.*)

11.31

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Ich *nehme* die unterbrochene Sitzung *wieder auf* und darf Frau Dr. Krisper ersuchen – wie zuvor in der Stehpräsidiale abgesprochen –, ihre Frage im engen Konnex zum Untersuchungsgegenstand und zu Herrn Kloibmüller zu stellen. – Bitte.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ich lege die Befragung Kloibmüller, Seite 12, vor. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Sie sehen, da hat Kollege Jenewein gefragt: „Glauben Sie, dass die politische Parteizugehörigkeit bei der Tätigkeit in der WET-Gruppe eine Rolle gespielt hat?“ Kloibmüller antwortete: „Nein.“

Daher jetzt meine Frage: Ist Ihnen bewusst, dass die WET-Gruppe, deren andere Vorstandsperson mit dem Sohn des Abgeordneten Rädler besetzt wurde, mit 110 000 Euro Inserate beim niederösterreichischen Pressverein-Zeitungsverlag schaltete, einem ÖVP-nahen Verein, dessen Publikationen quasi ausschließlich ÖVP-Werbung betreiben, dessen aktueller Finanzreferent Johann Rädler ist, dessen vormaliger Obmann Michael Spindelegger und dessen vormaliger Obmannstellvertreter Wolfgang Sobotka war? Das ist meine einzige Frage.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Verfahrensrichter, erachten Sie diese Fragestellung als zulässig?

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Nein, das muss ich ablehnen. Das geht mir zu weit in die Privatwirtschaft. – Danke.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Dieser Meinung kann ich mich anschließen, Frau Kollegin. Ich würde Sie ersuchen, eine andere Frage zu formulieren.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Das mache ich gerne dahin gehend, ob sich bei der Aufgabenverteilung zwischen Direktor des BVT und stellvertretendem Direktor des BVT unter Ihrer Ägide eine Veränderung vollzog?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Frau Abgeordnete, was meinen Sie mit „Veränderung vollzog“?

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wir haben jetzt eine Organisationsänderung, was den Aufgabenbereich des Direktors und des stellvertretenden Direktors betrifft, wir haben schließlich die Situation, dass der Direktor primär nur mehr für Personalangelegenheiten und der stellvertretende Direktor für das Operative zuständig ist.

Wissen Sie, wann sich diese Veränderung vollzog, ob das unter Ihrer Ägide war?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da habe ich jetzt keinerlei Erinnerung, aber wenn ich etwas gebraucht habe – sei es für den Innenausschuss oder den Unterausschuss – war mein Ansprechpartner Herr Direktor Gridling.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Die Zeit in dieser Runde läuft ab.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Danke.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Dr. Pilz, gibt es weitere Fragen?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ich habe eine ganz einfache Frage: Haben Sie als Innenministerin irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, dass Ihr Kabinettschef Kloibmüller bei Postenbesetzungen auf Interessen der ÖVP geachtet hat?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter Pilz, es gab hier meiner Wahrnehmung nach keinerlei Interventionen, sondern klar ist, dass jede Personalbesetzung auch im Einvernehmen mit der Personalvertretung vorgenommen worden ist – und dem bin ich immer nachgegangen. Sie kennen das umfassende Prozedere.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ich habe Sie etwas anderes gefragt.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Kollege Krainer zur Geschäftsbehandlung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wir haben jetzt das B. P. (BVT)-Phänomen von gestern, dass immer auf die nicht gestellten Fragen geantwortet wird, aber nicht auf die gestellten. Ich ersuche darum, die Auskunftsperson darauf hinzuweisen, dass sie bitte auf die gestellten Fragen und nicht auf nicht gestellte Fragen antworten soll.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Gut dann mache ich es kürzer: Entzieht sich meiner Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Dann mache ich es kürzer. Das ist vollkommen undenkbar.

Ich lese und halte Ihnen die Tiroler Tageszeitung vom 15.11.2014 vor: „Kärntner SPÖ wirft ÖVP Postenschacher in der Polizei vor“.

In Ihrer Amtszeit wird anlässlich der Personalvertretungswahlen am 26. und 27. November an Einzelpersonen ausgesandt: „Mit tatkräftiger Unterstützung des Kabinettschefs Mag. Michael Kloibmüller ist es uns damals gelungen, deine Versetzung zu ermöglichen“. – Das wird von Ihrem Kabinettschef geschickt.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Kollege Pilz, können Sie das bitte vorlegen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja. – Das wird von Ihrem Kabinettschef geschickt, schauen Sie sich das bitte an. (Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Gerne.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): In Ihrer Amtszeit kam die Erinnerung, die ganz klare Botschaft: Wählt uns, denn dann könnt ihr euch weiter auf unsere Parteibuchwirtschaft verlassen! – Ist Ihnen dieses Parteibuchschreiben von Kloibmüller bei den Personalvertretungswahlen bekannt geworden?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Wissen Sie, bei der ÖVP gibt es meiner Erfahrung nach in diesem Untersuchungsausschuss zwei Phänomene: erstens Parteibücher und zweitens kollektiver Gedächtnisverlust. Das sind die zwei Sachen, die immer wieder auffallen: Parteibuch, Parteibuch, Parteibuch!, und: Ich kann mich an nichts erinnern!

Ich habe eine letzte Frage an Sie: Wie können Leute aus Ihrer Partei Landeshauptfrauen, Bundeskanzler sein, wenn sie serienweise Gedächtnisausfälle haben? Ist das nicht ein Amterschwernis?

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Bitte, das ist eine Unterstellung. (Abg. Pilz: Nein, das ist ja nur eine Sachverhalts- -!)

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Herr Kollege Pilz, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (JETZT): Ja, wie geht das? Stellen Sie sich vor, Sie stehen in der Früh auf und können sich wieder an nichts erinnern, da kann man ja keine Amtsgeschäfte führen.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Es gibt auch Menschen, die bekommen plötzlich Gastritis oder sonstige gesundheitliche Probleme und können dann nicht aussagen.

Frau Landeshauptfrau, ich hab Sie zuvor gefragt, ob es Ihre Wahrnehmung ist, dass der Landeshauptmannstellvertreter noch Kontakte zu Lansky hat. Sie haben das verneint.

Haben Sie eine Wahrnehmung, ob er immer noch Kontakte zu diesem höchst dubiosen Geheimagenten Mauss alias Schneider hat?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Ist Ihnen aufgefallen, ob er weiterhin zum Beispiel Jagdeinladungen, Urlaubseinladungen et cetera, die in der Causa bekannt geworden sind, annimmt?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Keinerlei Wahrnehmung.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Würden Sie sich von solchen Menschen wie dem – wie gesagt – dubiosen Geheimagenten zu Urlauben oder Jagden einladen lassen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Nein.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP): Danke schön.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind oder waren Sie jemals Sicherheitschef bei Magna?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind oder waren Sie jemals Sicherheitschef bei Magna?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ob ich Sicherheitschef bei Magna war?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich ganz klar beantworten: Nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, habe ich eh auch gedacht, insofern ist die Frage natürlich von einer interessanten Irrelevanz.

Haben Sie eine Aufforderung bekommen, aus Ihrer Ministerzeit Akten vom Kabinettsakt zu schicken?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Was hier angefordert worden ist, wurde geliefert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, ich wiederhole meine Frage: Haben Sie eine Aufforderung bekommen, Akten zu liefern?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja, natürlich haben wir eine Aufforderung bekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie eine oder mehrere bekommen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie sind Sie damit umgegangen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Indem ich einen Mitarbeiter beauftragt habe, die Akten aus dem Staatsarchiv zu holen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herrn Mag. Pernsteiner.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer ist das?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Mein Bürochef.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und der hatte Kenntnis von der Aktenablage im Innenministerium?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weil er dort gearbeitet hat?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut.

Und dem haben Sie gesagt, er soll die Akten aus dem Staatsarchiv holen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Der hat eine Vollmacht von mir bekommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, und mit wie vielen Akten ist er zurückgekommen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das kann ich Ihnen nicht beschreiben. Ich kann Ihnen jetzt nicht die Seitenanzahl oder die Akten nennen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er ist aber mit Akten zurückgekommen?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Die wurden gleich direkt ins Parlament gebracht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat er Ihnen die Akten gebracht oder hat er sie hierher gebracht?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Die Akten wurden nicht zu mir gebracht, sondern wurden aus dem Archiv geholt und gleich direkt an die benannte Stelle gebracht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie Kenntnis, wie viele Akten oder Unterlagen aus Ihrer fünfjährigen Tätigkeit im Ministerakt waren, die irgendeine abstrakte Relevanz hatten, weil BVT draufsteht?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, aber in erster Linie wurde eine Veraktung direkt in der Linie vorgenommen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bitte?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann Ihnen die Anzahl nicht sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber Sie haben ja vorhin noch etwas anderes gesagt.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe Ihnen gesagt, dass eine Veraktung meist in der Linie stattgefunden hat, das heißt – im Bereich des Kabinetts gibt es ja keine Kanzleiordnung an sich – so wie im gesamten Ministerium in der Linie, und so kann ich Ihnen auch die Anzahl nicht nennen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso haben Sie das idente Wording wie Sobotka gestern?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Weil das die Praxis in jedem einzelnen Ministerium ist, Herr Abgeordneter, so - -

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir haben ganz viele dagehabt, keiner hat dieses Wording gehabt.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter, das sollten auch Sie wissen, wie das ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich lege Ihnen den Akt 7959 vor. *(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Gerne.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: 11 Sekunden noch in dieser Runde. *(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)*

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was für eine neue Erkenntnis ergibt sich für Sie aus diesem Schreiben? *(Die Auskunftsperson liest in den Unterlagen.)*

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vorhin haben Sie gesagt, die Akten wurden hierher geliefert – da steht, dass Sie uns keine Akten schicken. Also haben Sie eine neue Erkenntnis gewonnen – oder? –, nämlich, dass es keinerlei Akten und Unterlagen von fünf Jahren gibt, dass Sie angeblich von fünf Jahren keinen Akt haben, auf dem BVT draufsteht oder bei dem irgendeine abstrakte Relevanz da wäre – was absurd ist, weil sämtliche Akten, die Sie haben, eine abstrakte Relevanz haben, mit Ausnahme vom BFA. Erklären Sie mir bitte, wie Sie uns eine Nullmeldung schicken können!

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Da geht es um eine Ergänzung.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Entschuldigen Sie, Frau Landeshauptfrau! – Soweit mir bekannt ist, wurde sehr wohl in Stufe 2 geliefert. Ich bitte, das zu überprüfen.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: In dem Schreiben geht es um „ergänzende“ Akten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da geht es um die abstrakte Relevanz, genau. Jeder Akt, der auf Basis der Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofurteils abstrakte Relevanz hat.

Abgeordnete Gabriela Schwarz (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Ich habe festgestellt, dass sehr wohl geliefert wurde, und zwar in der Stufe 2. – Sie haben unterstellt, dass nichts geliefert wurde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zur ergänzenden Beweisanforderung, die wir im September hier als Verlangen der Opposition eingebracht haben, weil die Regierungsparteien das nicht unterstützen wollten, auf Basis des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes, dass abstrakte Relevanz ausreicht, haben wir eine Leermeldung bekommen. Das halte ich für undenkbar.

Haben Sie Ihren Mitarbeiter einmal oder zweimal ins Staatsarchiv geschickt?

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Kollege Krainer, die Redezeit ist abgelaufen.

Würden Sie die Frage bitte noch beantworten?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ah so, Entschuldigung. Wie oft mein Mitarbeiter dort war, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen (*Abg. Krainer: Da war nicht die Frage!*), aber er hat mein hundertprozentiges Vertrauen und hier steht eben ergänzend, darauf darf ich noch einmal hinweisen. (*Abg. Krainer: Frau Kollegin, die Frage war, wie oft Sie ihn hingeschickt haben!*)

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Am Wort ist Abgeordneter Jenewein. – Keine Fragen?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber es wurde die Frage nicht beantwortet. – Die Frage war: Wie oft haben Sie ihn hingeschickt? – Sie hat gesagt: Ich weiß nicht, wie oft er dort war. Meine Frage war nicht, wie oft er dort war, sondern wie oft sie ihn beauftragt hat, dorthin zu gehen.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Kollege Krainer!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir haben vereinbart, dass Fragen, die gestellt wurden, noch im Rahmen der Fragezeit beantwortet werden, auch wenn ich sie fünfmal wiederholen muss.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Herr Abgeordneter, ich beantworte Ihnen diese Frage selbstverständlich gerne, auch wenn Sie ungehalten sind, aber bei Herrn Mag. Pernsteiner reicht einmal eine Auftragserteilung: Wenn von mir eben eine Ermächtigung, eine Vollmacht bekommt, diese Unterlagen auszuheben, dann können Sie zu 100 Prozent davon ausgehen, dass er das, was hier verlangt wird, auch alles gebracht hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und es ist auch unsere Verpflichtung und Verantwortung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Frau Landeshauptfrau, ich habe noch zwei Fragen: Die erste wäre, ob Ihnen bewusst ist, dass der von Frau Kollegin Schwarz als höchst dubios bezeichnete Agent von Kloibmüller eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt bekam.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Entzieht sich meiner Wahrnehmung.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Meine zweite Frage wäre, ob Sie ausschließen können, für Herrn Donnerbaum – die E-Mail habe ich Ihnen vorgelegt – interveniert zu haben.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Habe hier keinerlei Erinnerung und kann also aufgrund dessen auch ausschließen, dass es hier eine Intervention gab; ist mir nicht erinnerlich. – Das war Ihre Frage, oder?

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Also bitte eine Ja-Nein-Antwort. Können Sie es ausschließen, interveniert zu haben?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, ich kann es mir schon aussuchen, wie ich es beantworte – oder? –, mit Ja oder Nein oder mit einem vollkommenen Satz, Frau Kollegin. Ich bitte Sie da um Verständnis.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Können Sie es ausschließen, für Herrn Donnerbaum interveniert zu haben?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich habe gesagt, entzieht sich meiner Erinnerung und - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Ja, aber Sie haben doch die letzten Stunden hier immer gesagt, Sie haben nie interveniert, also können Sie doch bitte jetzt einfach, wenn es der Wahrheit entspricht, Ja sagen.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich kann mich hier nicht erinnern; laut meiner Erinnerung Nein.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Also Sie können sich doch nicht erinnern, ob Sie nicht mal irgendwann für jemanden interveniert haben? – Ich habe gedacht, das wird einfach.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Muss ich es Ihnen jetzt noch einmal erklären, wie Ausschreibungen vonstattengehen? Das - -

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Nein, eben nicht, weil - -

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Das sollten Sie auch als Abgeordnete wissen.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Können Sie ausschließen, dass Sie für Herrn Donnerbaum interveniert haben, wie es diese E-Mail darlegt?

Sie haben die ganze Zeit ausgeschlossen, je interveniert zu haben. – Ich dachte, das wird eine einfache Frage.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Ich glaube, ich habe das jetzt schon ausreichend beantwortet, Frau Kollegin.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Sie können sich nicht erinnern, ob Sie interveniert haben?

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Laut meiner Erinnerung: Nein. Und wie in jedem Fall, sollte er mich niemals angesprochen haben, an was ich mich nicht erinnern kann, dann sagte ich genau das Gleiche, dass er sich eben selbstverständlich auf ganz normalem Wege bewerben muss, Frau Kollegin.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Wenn Sie sich nicht erinnern können, können Sie es auch nicht ausschließen, das ist logisch. Daher noch einmal meine Frage: Können Sie ausschließen, für Herrn Donnerbaum interveniert zu haben? Wenn Sie sich nicht erinnern können, wäre die Antwort: Nein.

Mag. Johanna Mikl-Leitner: Wie gesagt, wenn Sie es haben wollen: Nein.

Abgeordnete Dr. Stephanie Krisper (NEOS): Danke.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Da die nach der Verfahrensordnung vorgesehene Befragungsdauer noch nicht erschöpft ist, frage ich abschließend den Herrn Verfahrensrichter, ob er noch ergänzende Fragen an die Auskunftsperson richten möchte.

Verfahrensrichter Dr. Eduard Strauss: Nein, danke – nur mein üblicher Hinweis, alle Urkunden, die Sie von uns bekommen haben, bitte liegen zu lassen.

Vorsitzende-Stellvertreter Mag. Dr. Klaus Uwe Feichtinger: Danke, Herr Verfahrensrichter. Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, erkläre ich die Befragung der Auskunftsperson für beendet. – Ich bedanke mich für Ihr Erscheinen.

